

Drei Botschaften und zwei Wünsche

Zum Stand der Kriminalprävention in Deutschland

Andreas Beelmann

Impulsvortrag zum Festempfang aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) am 25. Oktober 2022 in Berlin:

„Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Deutschen Forum für Kriminalprävention, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bin schon vor einiger Zeit gefragt worden, ob ich bei dieser Gelegenheit einen kurzen Impuls zum Stand der Forschung in der Kriminalitätsprävention geben möchte und ich will das sehr gern tun, zum einen weil ich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DFK schon seit geraumer Zeit sehr gut zusammenarbeite, und zum anderen um die Gelegenheit wahrzunehmen, an höchster Stelle Botschaften und Wünsche zu äußern: Wann hat man als Wissenschaftler schon einmal die Gelegenheit, seine Ergebnisse und die sich daraus ergebenden praktischen Implikationen vor hochrangigem Publikum vorzustellen?“

Glückwünsche

Ich darf vorab dem gesamten DFK meine Glückwünsche zum Jubiläum aussprechen, auch wenn diese Feierstunde wegen der Covidpandemie nun mehrfach verschoben wurde. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Einrichtung, die sich um Prävention bemüht, auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Denn obwohl Prävention im Alltag und in öffentlichen Diskursen selten als überflüssig, sondern im Gegenteil als unverzichtbar und besonders dringlich bezeichnet wird, ist doch die Geschichte der Menschheit – wenn ich mir dieses globale Urteil erlauben darf – alles andere als präventionsorientiert. Gehandelt wurde und wird – das ist wohl eine Binsenweisheit – häufig erst, wenn Probleme augenscheinlich sind, das gilt für die Kriminalitätsprävention genauso wie für viele andere Probleme, bei denen der unmittelbare Nutzen nicht ersichtlich ist oder zunächst investiert werden muss und sich das Handeln erst später auszahlt.

Botschaften

Ich habe meinen Impuls mit drei Botschaften und zwei Wünschen überschrieben und ich darf mit meinen Botschaften, die gleichsam eine Synopse des Kenntnisstandes zur Kriminalitätsprävention darstellen, beginnen. Vorwiegend möchte ich allerdings, dass ich bei meinen Botschaften (und auch bei den Wünschen) vor allem über Maßnahmen im Bildungs- und Erziehungsbereich für junge Menschen, Kinder, Jugendliche und Familien sprechen werde, während ich auf im engeren Sinne politische oder juristische Maßnahmen (wie etwa Strafverschärfung) oder polizeiliche Maßnahmen (wie Sicherheitstechnik oder erhöhte Kontrollen) allenfalls im Nebensatz eingehen werde. Wir wissen, und das ist eigentlich schon eine Vorbotschaft, dass höhere Strafen eigentlich keinen präventiven Effekt haben und Kontrollen vor allem die Gelegenheitsstruktur von Kriminalität reduzieren. Das ist gut und wichtig. Noch schöner wäre es allerdings, wenn Personen trotz guter Gelegenheiten nicht kriminell wür-

den. In diesem Sinne hat sich der Bereich der psychosozialen und edukativen Programme und Maßnahmen als durchaus fruchtbar für die Kriminalitätsprävention erwiesen.

Daher ist meine **erste Botschaft: Prävention wirkt!** Sie haben wahrscheinlich keine andere Botschaft von mir erwartet, aber wir (die scientific community) haben in den letzten 30 Jahren seit der Veröffentlichung des Gewaltgutachtens für die Bundesregierung in den 1990er-Jahren mittlerweile Hunderte von sehr aussagekräftigen Studien weltweit durchgeführt, die im Durchschnitt eine solche Botschaft zulassen. Allerdings: Personen, die mich kennen, werden wissen, dass ich nicht zu den Wissenschaftlern gehöre, die zur Übertreibung neigen; im Gegenteil sehe ich mich nicht selten dem Vorwurf von Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt, zu kritisch mit der Befundlage umzugehen. Wie auch immer Sie das bewerten: Ich muss meine erste Botschaft leider wie folgt konkretisieren:

Wir sind mit den besten Maßnahmen in der Lage, einen Teil von Kriminalität wirksam zu verhindern, d. h.:

1. Nicht alle Maßnahmen wirken gleich gut. Es gibt tatsächlich Ansätze, die besonders gut geeignet sind (z. B. soziale Trainingsprogramme), andere haben bislang keinen Nachweis erbracht, obwohl das Potenzial vorhanden wäre (wie etwa Theater- und Kulturprojekte) und wieder andere wirken eigentlich nicht oder gar negativ (wie etwa Kampfsport). Zudem ist die Wirksamkeit von zahlreichen weiteren Faktoren, wie etwa der Durchführungsqualität der Maßnahmen, abhängig, sodass selbst mit bereits geprüften Verfahren nicht automatisch Wirkungen erzielt werden.
2. Selbst die besten Maßnahmen reduzieren die Kriminalitätsraten nicht auf null. Die besten Verfahren fördern positive Fertigkeiten um ca. 25 Prozentpunkte und reduzieren die Anfälligkeit für Kriminalität um 10

bis 20 Prozentpunkte. Das mag Ihnen zunächst als relativ gering erscheinen, aber wenn Sie diese Zahlen einmal auf Wahlergebnisse übertragen, würden politische Akteure durchaus von „erdrutschartigen Veränderungen“ sprechen, wenn ihre Partei um 15 Prozentpunkte zulegt.

- Wir können eigentlich „nur“ über Gewalt-, Drogen- und Eigentumsdelikte sprechen. Über die Ursachen und das Entstehen von Wirtschaftskriminalität etwa wissen wir sehr wenig, noch haben wir – jedenfalls nach meiner Einschätzung – keinerlei wirksame Präventionsideen jenseits von strafrechtlicher Kontrolle – obwohl ja auch dort massive Schäden für Personen und unsere Gesellschaft entstehen.

Dennoch: Auch wenn die genannten Differenzierungen m. E. nötig sind, so können wir mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass gute, weil geprüfte Präventionsmaßnahmen mit einigem Erfolg eingesetzt werden können.

Eine **zweite Botschaft ist, dass insbesondere umfassende frühe Hilfen für Familien mit Kindern**, die einem hohen Risiko für Entwicklungsprobleme unterliegen, **sowie langfristige Konzepte**, die jeweils altersspezifische Präventionsangebote machen, **besonders lohnend sind**.

Einzelne singuläre Förderprogramme haben in der Regel gute Kurzzeitergebnisse, beim Nachweis längerfristiger Wirkungen gibt es allerdings gewisse Probleme. Das liegt auch daran, dass nur wenige aussagekräftige Langzeitstudien (und ich spreche hier von Studien mit einer Dauer von fünf Jahren oder länger) vorliegen. Das hat vor allem finanzielle Gründe, denn solche Untersuchungen sind teuer und aufwendig in der Umsetzung. Sie liefern allerdings wertvolle Daten. Wir haben z. B. zeigen können, dass ein dreimonatiges Training zur Förderung von Toleranz und Prävention von Vorurteilen am Ende der Grundschulzeit tatsächlich zu Verringerungen problematischer politischer Einstellungsmuster und Kontakten zu extremistischen Material und Gruppen fünf Jahre später (also im Jugendalter) führten.

Solche längerfristigen Daten liegen insbesondere für die genannten Frühinterventionen bei sogenannten Risikofamilien vor. Sie zeigen, dass es im Lebenslauf tatsächlich zu geringeren Kriminalitätsraten kommt, die auch einen erheblichen Effekt auf Opferzahlen haben können und sich langfristig auch finanziell lohnen. Es spricht somit



einiges dafür, frühe umfangreiche Hilfen für Familien (etwa spezielle Betreuungsangebote für Eltern und Kinder) bereitzustellen.

Neben solchen Frühinterventionen sind Konzepte, die versuchen, bestimmte Aspekte der menschlichen Sozialentwicklung im Rahmen einer eher alltagsintegrierten sozialen Förderung zu verbessern, aus meiner Sicht vielversprechend. Dabei geht es nicht nur um das partielle Durchführen von zeitlich begrenzten Programmen oder Maßnahmen, sondern darum, eine altersspezifische Förderung auf Basis der Erkenntnisse zu jeweils bedeutsamen Entwicklungsprozessen anzubieten. Diese sollten und müssten dann etwa in die Curricula von Kitas oder Schulen integriert werden.

Wir fordern z. B. seit Langem und bislang erfolglos, dass soziale Kompetenz ein reguläres Schulfach wird. Sicher ein dickes Brett, das gebohrt werden muss, und Bildungspolitik ist – wie wir alle wissen – weitgehend Ländersache und die unterschiedlichen Regierungskoalitionen der 16 Länder haben jeweils unterschiedliche Gedanken zu diesem Thema. Immerhin hat es in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gegeben, etwa bei der verstärkten Einstellung von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, aber es insgesamt noch deutlich Luft nach oben, z. B. – so viel Eigenwerbung darf erlaubt sein – beim Ausbau von schulpsychologischen Diensten, übrigens nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Lehrkräfte, denn wir wissen z. B., dass das Schulklima ein sehr guter Prä-

dikator für den Lernerfolg ist, ein besserer jedenfalls als die angewandten Lehrmethoden oder die Art der Beschulung.

Kurzum: Umfangreiche und langfristige Präventionsangebote sind besonders gut geeignet, in Kontexten, in denen soziale Probleme kumulieren, einen deutlichen Effekt auf das Kriminalitätsgeschehen und nicht nur dort zu entfalten.

Allerdings bräuchte es dazu die Bereitstellung von tragfähigen Präventionsstrukturen, was zu meiner **dritten Botschaft**, die leider weniger positiv ausfällt, überleitet.

Es gibt ungeheure Schwierigkeiten bei der Integration von evidenzbasierten Programmen oder allgemeiner gesprochen von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis der Regelversorgung.

Dafür existieren vielfältige Gründe. Bevor ich jedoch darauf eingehe, möchte das Problem vorab etwas anschaulicher und gleichsam drastischer darstellen. Stellen sie sich vor, wir hätten ein sehr wirksames Medikament gegen Krebs entwickelt, das in vielen Studien positiv getestet wurde, aber dieses Medikament wäre für die breite Masse nicht verfügbar. Dieser Vergleich hinkt vielleicht etwas, weil psychosoziale Programme wohl kaum mit den relativ einfachen Kausalwirkungen von Medikamenten zu vergleichen sind, aber er hinkt m. E. in die richtige Richtung. Es ist aus meiner Sicht ein Unding, dass Maßnahmen zur Verfügung stehen, die nachweislich bestimmte Probleme verhindern könnten, aber über Pilotanwendungen nicht hinauskommen.

Wir haben international eine mittlerweile sehr intensive Implementationsforschung, die vielfältige Faktoren für dieses Problem untersucht hat. Auf eine Sache werde ich bei den Wünschen zurückkommen. Aber schon an dieser Stelle können (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) folgende Gründe genannt werden:

- trotz neuem Präventionsgesetz existieren wenig nachhaltige Präventionsstrukturen; stattdessen herrscht eine projektbasierte Förderung vor, die eine permanente Neubearbeitung von Mitteln erfordert,
- ein geringer Ausbildungs- und Kenntnisstand in der Präventionspraxis bezüglich wissenschaftlichen Präventionsergebnissen und den notwendigen Durchführungsbedingungen von Präventionsmaßnahmen,
- Programme und Maßnahmen, die sich nur schwer im Präventionsalltag anwenden lassen (z. B. allein wegen ihrer zeitlichen Struktur),
- abwertende Einstellungen der Anwender zu einem Programm und ein problematisches Arbeitsklima in Institutionen,
- allgemein geringe Ressourcen (personell und finanziell),
- politische Entscheidungen für wenig oder gar nicht wirksame Maßnahmen aus politischen Gründen,
- die Beteiligung unterschiedlicher Berufsgruppen mit eigenen professionellen Standards,
- und vieles mehr ...

Sie sehen, dass die Lösungen für diese Implementationsprobleme nicht gerade auf der Hand liegen. Umso mehr wäre es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wenn bei allen Projekten, die staatlich finanziert werden, explizite Perspektiven für Nachhaltigkeit und Weiterbildung in der Praxis implementiert würden. Immerhin: Projekte wie das Community-that-cares-Programm, das in den USA entwickelt wurde und vom Landespräventionsrat Niedersachsen in einigen Kommunen in Niedersachsen bereits umgesetzt wird, bieten bessere Möglichkeiten, einen Übergang von punktuellen, zeitlich begrenzten Fördermaßnahmen zu breiteren und tragfähigen Präventionsstrukturen zu schaffen, die wiederum eine wichtige Voraussetzung dafür sind, wissenschaftliche Evidenz besser nutzen zu können. In diesem Zusammenhang ist besonders lobend zu erwähnen, dass sich das DFK schon seit einiger Zeit bemüht, diese Grundidee deutschlandweit zu verbreiten.

Wir brauchen also verstärkte Bemühungen und eine intensive Auseinandersetzung mit Fragen der Implementierung von kriminalpräventiven Maßnahmen für die breite Anwendung. Damit leite ich über zu meinen Wünschen.

Wünsche

Ein erster Wunsch ist sehr allgemein gehalten und betrifft die Bedeutung, die wir als Gesellschaft der sozialen Bildung oder sozialen Kompetenzen zuschreiben. Leider ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass dieses Erziehungsziel im Vergleich zur akademischen Bildung doch zunehmend in den Hintergrund getreten ist. Dies ist z. B. an der Bedeutung zu erkennen, die die regelmäßigen Bildungsevaluierungen etwa in den PISA-Studien, in der Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsprozessen erlangt haben.

Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich ist akademische Bildung gerade für ein Industrieland, das stark auf Innovationen setzt, wichtig. Sie garantiert allgemeinen Wohlstand und zugleich den Zugang zu individueller sozialer Teilhabe und Selbstverwirklichung. Zugleich muss jedoch auf die Bedeutung von sozialer Bildung für unser Gemeinwesen hingewiesen werden. Was ist darunter konkret zu verstehen? Soziale Bildung oder soziale Kompetenz dient als Kompromiss zwischen der nicht aggressiven und verträglichen Durchsetzung eigener Interessen und der Berücksichtigung der Interessen und Wünsche anderer Personen und umfasst eine Reihe von Aspekten wie etwa

- die Fähigkeit zur dauerhaften Aufrechterhaltung von sozialen Beziehungen und den Aufbau von Freundschaften,
- die Kompromissbereitschaft bei Streitigkeiten,
- Empathie und Perspektivenübernahme,
- Mitleid und Hilfbereitschaft,
- das korrekte Erkennen von Emotionen bei anderen,
- die Fähigkeit, Handlungsalternativen in sozialen Konfliktsituationen zu entwickeln,
- das Abwägen von Handlungsfolgen des eigenen Verhalten auf andere,
- die Selbstkontrolle in Konfliktsituationen und vieles mehr.

Solche Fertigkeiten sind nicht einfach vorhanden (genauso wenig wie das Schreiben, Rechnen und Lesen als

basale Kulturtechniken), sondern müssen erlernt werden und sind auch keine reine Privatsache. Denn sie sind, deshalb betone ich es hier ausdrücklich, ein wesentlicher protektiver Faktor gegenüber dem Einhalten sozialer Regeln, auch Gesetzen, und deshalb für das Entstehen oder besser dem Verhindern von Kriminalität bedeutsam.

Soziale Bildung oder soziale Kompetenz sollte nicht mit „Kuschelpädagogik“, wie es manchmal abwertend und mit dem Unterton der Realitätsferne gedeutet wird, verwechselt werden. Natürlich hat soziale Kompetenz mit dem Aufbau und dem Erhalt von Freundschaften und dem Äußern von Zuneigung zu tun, aber das ist nur die eine Seite, die andere ist das Einhalten von sozialen Regeln, informellen wie formellen Rechtsnormen. Und dies sind wichtige, um nicht zu sagen essenzielle Kompetenzen, die wir als Gesellschaft brauchen und zunehmend brauchen werden. Niemand kann, das zeigen die Krisen der letzten Jahre überdeutlich, auch nur zehn, geschweige denn 50 Jahre vorausblicken. Aber nach allem, was sich für dieses Jahrhundert andeutet, geht man sicher nicht zu weit, wenn man annimmt, dass wir vor zahlreichen Herausforderungen, Umbrüchen, Verteilungskämpfen und Ressourcenkonflikten stehen, die unser Zusammenleben massiv beeinflussen werden. Einen kleinen Vorgeschmack davon haben wir während der Coronakrise mitbekommen, als verschiedene Gruppen nicht mehr ansprechbar waren, sondern im Gegenteil auf aggressive Weise ihre Überzeugungen durchsetzen wollten und dies zum Teil auch geschafft haben. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir daher Sozialkompetenz, um beispielsweise

- einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen hinzubekommen,
 - Eigen- und Gemeinschaftsinteressen erfolgreich gegeneinander abzuwägen,
 - den Umgang mit unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten sozial verträglich zu gestalten,
 - kulturelle Diversität als Ressource und nicht als Bedrohung wahrzunehmen,
 - zu verhindern, dass soziale Konflikte in Kriminalität oder Radikalisierung münden,
 - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Basis unseres Zusammenlebens zu begreifen.
- Wir werden also soziale Bildung bitter nötig haben, damit die genannten



Herausforderungen nicht mit jenen Folgen einhergehen, die wir zu Beginn und in der Mitte des letzten Jahrhunderts zu verzeichnen hatten. Mein ehemaliger Jeneser Kollege Stephan Lesenich aus der Soziologie hat jüngst ein Buch veröffentlicht, in dem er die Umbrüche zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der Agrar- zur Industriegesellschaft, die nach den Analysen des berühmten französischen Soziologen Émile Durkheim eine Hauptursache für den Ersten und in der Folge Zweiten Weltkrieg war, mit den Umbrüchen von der analogen zur digitalen Welt verglichen. Wenn Sie dann noch die existenziellen Bedrohungen der Klimaveränderungen oder die Ressourcenverknappung hinzurechnen bei gleichzeitig noch immer steigender Weltbevölkerung, können Sie ahnen, was auf uns zukommt.

In diesem Sinne: Nutzen Sie alle Ihre privaten und beruflichen Kontexte, um auf die Bedeutsamkeit der sozialen Bildung oder Kompetenz hinzuweisen und sie als mindestens genauso wichtig einzuschätzen wie eine gute akademische und berufliche Ausbildung. Setzen Sie sich auf die eine oder andere Art dafür ein, dass diesem Sozialisationsziel jene Bedeutung beigemessen wird, die es verdient. Es wird sich nicht nur im Hinblick auf Kriminalität lohnen, das ist zumindest meine feste Überzeugung.

Mein **zweiter Wunsch** ist konkreter und in vielerlei Hinsicht leichter umzusetzen. Ich sprach bereits davon, wie schwierig es ist, soziale Innovationen/Programme/Maßnahmen, die mit wissenschaftlicher Evidenz und Forschung

entwickelt und getestet wurden, tatsächlich in der Routinepraxis oder den gesellschaftlichen Alltag zu implementieren. Dies hat m. E. und nach Ansicht vieler meiner Kolleginnen und Kollegen auch mit dem schwierigen, bisweilen auch gestörten Kommunikationsverhältnis von Politik und Wissenschaft zu tun.

Schaut man neutral, wertfrei und ohne Schuldzuweisung auf die Kommunikationsstrukturen zwischen politischen und wissenschaftlichen Akteuren, so sind doch schwerwiegende Kommunikationsprobleme zu konstatieren. Dies hat wiederum viele Gründe, einer ist, dass Politik und Wissenschaft jeweils unterschiedliche Handlungskriterien aufweisen. Auf der einen Seite sind die Vermittlung und das Aushandeln unterschiedlichster Interessen und auf der anderen Seite die Suche nach Wahrheit, was kommunikationstheoretisch schon ein gewisses Spannungsfeld erzeugt. Das konnten wir unlängst selbst bei der Coronakrise beobachten, obwohl es dort um ein eher naturwissenschaftliches und nicht soziales Phänomen ging, bei denen das Aufeinandertreffen von Meinungen und Erkenntnissen noch problematischer sein dürfte. Auch herrschen zahlreiche gegenseitige Narrative und Vorstellungen, die nicht sehr schmeichelhaft sind. Wer kennt nicht die zu meist latent durchscheinenden Einstellungen, Wissenschaftler würden alles unnötig kompliziert machen, könnten nicht auf dem Punkt kommen, litten an Weltfremdheit (Stichwort Elfenbeinturm), wären sich untereinander nicht einig, hätten keine

Ahnung vom wahren Leben (was auch immer das sein soll) und vieles mehr. Andersherum existieren ähnlich abwertende Einstellungen gegenüber politischen Akteuren wie etwa sie seien rein interessengesteuert, wenig interessiert an Forschungsergebnissen oder nur an jenen, die ihren Interessen entsprächen, orientierten sich eher an kurzfristigen Wahlerfolgen statt an längerfristigen Planungen, betrachteten Wissenschaft als eine Art Meinung unter vielen, wären vor allem an Publicity und Außenwirkung interessiert usw. Wir werden diese Gegensätzlichkeiten hier nicht lösen oder auflösen können, vielleicht haben Sie auch eine andere, weniger problematische Wahrnehmung zum Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.

Gleichwohl, meine Einschätzung ist, dass Politik und Wissenschaft Mediatoren braucht, die in beiden Lebenswelten in gewisser Weise zu Hause sind, die die Sprache der jeweiligen Parteien sprechen und zugleich wissen und einschätzen können, wie politische Entscheidungen umgesetzt werden und welche Personen wie angesprochen werden müssen. Wissenschaftler sind für solche Überlegungen schlicht nicht erfahren genug, sie haben ja auch andere Aufgaben und sind damit, wenn man wie ich insbesondere in der Anwendungsforschung tätig ist, auch zeitlich überfordert. Daher **mein zweiter Wunsch: Wir brauchen Vermittler von oder im besten Sinne Lobbyisten für die Verbreitung von wissenschaftlicher Evidenz und Erkenntnissen**, wie es seit nunmehr über 20 Jahren die Stiftung DFK m. E. mit einigem Erfolg versucht. Übrigens nicht nur für den Transfer in politischen Entscheidungsprozessen, sondern auch für die Implementation wissenschaftlicher Evidenz in die Präventionspraxis.

In diesem Sinne wünsche ich dem DFK ein langes Leben und allzeit die politische Unterstützung, die es verdient. Vielen Dank.

Prof. Dr. Andreas Beelmann ist Inhaber der Professur für Forschungssynthese, Intervention und Evaluation der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Direktor des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
Kontakt: andreas.beelmann@uni-jena.de

Weiterführende Literatur zum Stand der Kriminalitätsprävention:

Beelmann, A. (2022). „Prevention Science“: Konzeptionelle und empirische Grundlagen einer rationalen Präventionswissenschaft am Beispiel der Kriminalprävention. *Bewährungshilfe. Soziales – Strafrecht – Kriminalpolitik*, 69 (4), 309–325.

Beelmann, A. (2022). Entwicklungsorientierte Kriminalprävention. In T. Bliesener, K.-P. Dahle & F. Lösel (2022), *Lehrbuch Rechtspsychologie* (2. Aufl., S. 479–503). Hogrefe.